



AMBASSADE DE SUISSE
EN REPUBLIQUE ARABE D'EGYPTE

LE CAIRE, le 29. November 1973
10, Sh. Abdel Khalek Saroit
Téléphones 78171-78172

Réf.: 331.1.-F/da

cn	HN					c/a
Date	4.12					
Visa	1/m					ate
EPD	4. Dez. 1973					
Ref.	p.B. 15. 21. Eg.					

Herrn Bundesrat Pierre Graber

Chef des Eidg. Politischen
Departements

B e r n

Herr Bundesrat,

Ich erlaube mir, Ihnen im folgenden einige Ueberlegungen zum gegenwärtigen Verhältnis zwischen der Schweiz und Aegypten zu unterbreiten.

Seit längerer Zeit ist sich die ägyptische Regierung bewusst, dass die öffentliche Meinung in der Schweiz so wie in Europa im allgemeinen mehrheitlich für die israelische Sache Partei nimmt. Die Gründe hierfür liegen nach hiesiger Auffassung in dem nach wie vor lebendigen Schuldkomplex gegenüber dem Judentum, in der Sympathie für einen "um seine Existenz" kämpfenden Kleinstaat und schliesslich in der Tatsache, dass das jüdische Element in Presse, Radio und Fernsehen stark vertreten ist. Die ägyptische Regierung hat sich mit dieser pro-israelischen Orientierung abgefunden, dafür aber ihre Anstrengungen auf die Regierungen konzentriert. Man muss zugeben, dass ihr dort seit einiger Zeit, vor allem seit dem Scheitern der Jarring-Mission, beträchtlicher Erfolg beschieden war, da die Zweifel sich mehrten, ob die israelische Regierung nicht im Grunde den Hauptteil der besetzten Gebiete behalten wolle, was im Widerspruch zur Resolution 242 wäre.

Es war in dieser Phase sehr wichtig, dass Sie die Initiative zu Ihrem Besuch und zur Regionalkonferenz in Kairo ergriffen haben. Ohne bei Ihren Gesprächen und Voten

Ex a TH } 3.12.73
- ER } 51



- 2 -

Stellung im vorliegenden Konflikt zu beziehen, haben Sie den hiesigen Machthabern vor Augen geführt, dass die Schweiz kein aussenpolitisches Vakuum ist und mit ihrer Neutralitätspolitik keinen opportunistischen Absentismus betreibt, sondern dass diese Politik die historisch erhärtete Basis unserer staatlichen Existenz ist, ergänzt durch die Bereitschaft zum Helfen. Wenn bisher vielleicht manche der Meinung waren,, die schweizerische Neutralität verdeckte bloss die Stellungnahme für den Gegner, so war nun klargestellt, dass in der Schweiz die öffentliche Meinung eine Sache und die Regierung eine andere ist. Nach Ausbruch des Krieges wurde zudem hervorgehoben, dass sich die Massenmedien im Unterschied zu 1967 vermehrter Objektivität befleißigten.

Ich stiess daher nach meiner Ankunft im Aussenministerium auf eine verständnisvolle Haltung, ungetrübt durch Schatten, wie sie sich auf die Beziehungen zu andern europäischen Ländern gelegt hatten. Die Erklärung des Bundesrates vom 24. Oktober, insbesondere die Formulierung, dass sich ein gerechter und dauerhafter Friede einstellen möge, der die Interessen aller betroffenen Staaten und Völker berücksichtige, hörte man hier gerne. So liess mich Aussenminister Ismail Fahmy wiederholt kommen, und eines Nachts, in einem dramatischen Moment des Krieges, als die dritte Armee von Westen her eingeschlossen war, fand ich mich bei ihm mit dem Chef der IKRK-Delegation, Marcel Boisard, dem Verbindungsoffizier zur Armee, General Adly Cherif, und dem zuständigen Unterstaatssekretär Mohamed Shoukry zusammen. Es herrschte eine Stimmung des Vertrauens, das dann durch die humanitäre Aktivität und in der Folge durch das Communiqué des Bundesrates vom 7. November bekräftigt wurde. Besonders vermerkt wurde darin, dass der Bundesrat die Notwendigkeit einer integralen Anwendung

- 3 -

aller Genfer Konventionen hervorhob, also auch der vierten Konvention, auf die hier bekanntlich immer wieder verwiesen wird.

Grosses Lob verdient die hiesige IKRK-Delegation und ihr Chef Marcel Boisard. Die Leute haben Tag und Nacht gearbeitet und sich mit Mut und Geschick für die Kriegsgefangenen und Verwundeten eingesetzt. Wenn es nicht gelang, sofort die Namen aller Kriegsgefangenen herauszubekommen und sie zu besuchen, so lag dies daran, dass diese wichtige Sache dem Kompetenzbereich der direkt Beteiligten entzogen war. Sogar Aussenminister Fahmy ist nicht durchgedrungen. Die genauen Gründe und Zusammenhänge wird man erst später erfahren. Trotzdem war - und ist - die Zusammenarbeit mit der ägyptischen Seite ausgezeichnet, die denn auch den Vorschlag gemacht hat, die Heimschaffungsaktion der Swissair anzuvertrauen. Dass diese Aktion so tadellos geklappt hat und die Schwierigkeiten in der letzten Nacht beseitigt werden konnten, ist für die Schweiz ein weiterer Aktivposten.

Zweimal wurde ich auf die Haltung unserer Presse angesprochen. Das erste Mal rümpfte Aussenminister Fahmy die Nase und meinte, es sehe sonderbar aus, wenn die Presse des Landes, wo die Friedenskonferenz stattfindet, gegen die eine Seite feindselig sei. Sehr wichtig schien ihm das Anliegen nicht. Ich habe darüber berichtet. Das zweite Mal verwies der neue Direktor der Europa-Abteilung, dem ich einen Besuch machte, auf eine Mitteilung der Botschaft in Bern über die bekannte Unterschriftensammlung zu Gunsten der israelischen Kriegsgefangenen, worüber mich die Politische Direktion informiert hatte. Ich hatte nicht den Eindruck, dass Botschafter Abdel Hamid Abouseid der Sache grosse Bedeutung beimass.

Wir sprachen dann über die Kontakte mit der Schweizer-Presse im allgemeinen. Ich sagte ihm, die anti-ägyptische

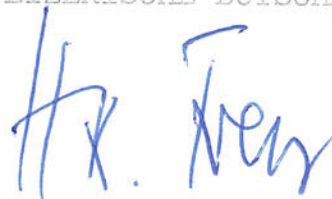
- 4 -

Berichterstattung sei oft der Mangel an direkten Informationen. Dazu käme das Oel-Embargo, das die Leute irritiere. Verschiedene Presseleute würden es vielleicht schätzen, Gelegenheit zu Informationsgesprächen zu erhalten. Was ich ihm nicht sagte: Die Inaktivität der Aegyptischen Botschaft, die mit der Ueberaktivität der Gegenseite scharf kontrastiert, mag manchmal ihr Gutes haben, hilft aber sicher nicht für eine objektive Berichterstattung. Es leuchtet mir durchaus ein, dass es nicht an uns ist, den Presseleuten einen Wink zu geben. Die ägyptische Verhandlungsdelegation in Genf muss ihren Presseapparat selber auf die Beine stellen und den Challenge mit der andern Delegation aufnehmen. Ich glaube, dass sie dies tun wird, wobei zu hoffen ist, dass sie nicht ins andere Extrem fällt und zu viel macht.

Hinsichtlich unserer Beziehungen zu den arabischen Ländern im allgemeinen verweise ich auf mein heutiges Schreiben an die Direktion für Völkerrecht betreffend die Kerosen-Zuteilung an Swissair (Referenz 571.42). Es ergibt sich daraus, dass die Schweiz im gegenwärtigen Erdöl-Konflikt als "neutrales" Land gilt und weder zu den "feindseligen" noch zu den "befreundeten" Ländern gerechnet wird.

Ich versichere Sie, Herr Bundesrat, meiner ausgezeichneten Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER



1 Kopie ✓